



Der Kanton will frisches Geld für den Fördertopf für energetische Gebäudesanierungen – am 27. November kommt die neue Abgabe an die Urne.

ARCHIV

NACHRICHTEN

**BASELBIETER PENSIONSASSE
BLPK-Chef lässt sich
früh pensionieren**

An der Spitze der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) kommt es nächstes Jahr zu einem Wechsel: Hans Peter Simeon, Vorsitzender der Geschäftsleitung, tritt im November 2017 im Alter von 62 Jahren in den vorzeitigen Ruhestand. Dies gab die BLPK gestern bekannt. Um die Kontinuität sicherzustellen, sei die Suche nach einer Nachfolgerin oder einem Nachfolger bereits aufgenommen worden. Simeon gehört seit November 1999 der Geschäftsleitung der BLPK an. Im Juni 2003 übernahm er die Leitung der Kasse, in der in erster Linie die Angestellten des Kantons Baselland versichert sind. Der Verwaltungsrat bedauert den bevorstehenden Rücktritt Simeons und dankt ihm für seinen «langjährigen hervorragenden Einsatz». Unter Simeon habe sich die BLPK zu einer modernen Vorsorgeeinrichtung entwickelt. Hervorgehoben wird in der Mitteilung namentlich die auf Anfang 2015 umgesetzte umfangreiche Reform, die mit dem Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat verbunden war. (SDA)

FREIGESTELLT**Polizei trennt sich per
sofort von Stöcklin**

Die Baselbieter Polizei trennt sich von ihrem Mediensprecher Meinrad Stöcklin. Der Leiter externe Kommunikation wird per sofort freigestellt, wie die Sicherheitsdirektion des Kantons Baselland gestern mitgeteilt hat. Dass der Abgang von Stöcklin unmittelbar bevorsteht, wurde bereits Anfang Woche bekannt (die bz berichtete). Die Trennung erfolge «in gegenseitigem Einvernehmen». Begründet wird dieser Schritt mit unterschiedlichen Auffassungen über die Ausübung der Funktion Stöcklins. Über den Inhalt der Trennungsvereinbarung wurden keine Angaben gemacht. Es sei Stillschweigen vereinbart worden. In der Mitteilung dankt die Sicherheitsdirektion Stöcklin für seine «langjährige und kompetente Tätigkeit». Stöcklin hatte seine Aufgabe bei der Baselbieter Polizei vor 16 Jahren übernommen. Im vergangenen Jahr erhielt er im Zuge einer Neustrukturierung des Stabsdienstes Kommunikation der Polizei in der Person von Barbara Richard eine neue Chefin. (SDA)

ZUNZGEN**Forstarbeiter verletzt
sich beim Baumfällen**

Beim Baumfällen in Zunzgen ist am Dienstagmittag ein Forstarbeiter rund 17 Meter über einen felsigen Abhang in die Tiefe gestürzt. Der 28-jährige Mann wurde verletzt und mit einem Helikopter ins Spital geflogen. Der Unfall ereignete sich gegen 13.45 Uhr bei Waldarbeiten im Gebiet Zelgli, wie die Baselbieter Polizei in einer Mitteilung schreibt. Die Ursache für den Sturz war zunächst unklar. (SDA)

Lobeshymnen auf neue Steuer

Abstimmung Baudirektorin Sabine Pegoraro weibelt bereits jetzt für die Energieabgabe

VON BENJAMIN WIELAND

Erfolgsmeldungen sind derzeit selten gesät im Kanton Baselland. Wenn es aber etwas gibt, bei dem es richtig rund läuft, dann ist es das Baselbieter Energiepaket. Und auch das hat eine Kehrseite. Das Programm ist fast zu erfolgreich: Derart viele Hauseigentümer nehmen den staatlichen Zustupf in Anspruch, um ihre Gebäudehüllen zu sanieren, dass der Fördertopf bald leer ist. Eine neue Geldquelle muss her.

Genau über diesen neuen Topf entscheiden die Baselbieter Stimmbürgerinnen und -bürger am 27. November: Dann kommt die Revision des kantonalen Energiegesetzes an die Urne. Sie sieht die Einführung einer bis 2030 befristeten Energieabgabe vor. Gestern informierte die Baselbieter Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) in Liestal die Medien über den Stand des Energiepakets. Regierungsrätin und BUD-Vorsteherin Sabine Pegoraro nutze die Gelegenheit, gleich auch für die Vorlage zu weiblern - zwei Monate vor der Abstimmung. Sie stehe hinter dem Energiepaket, sagte Pegoraro, es sei ein Erfolgsmodell: «Das habe ich schon früher gesagt und ich wiederhole es gerne.»

Bei Annahme der Revision würde der Fördertopf von 50 auf 150 Millionen Franken aufgestockt. Das Geld käme neu nicht mehr aus der Staatskasse, sondern von einer Abgabe auf nicht erneuerbare Energien. Wer also fossile Energie verheizt, würde künftig Wärmeisolationmassnahmen mitfinanzieren - direkt und nicht mehr über den Umweg über die Steuerrechnung.

Auf dem Niveau von 1990

Alberto Isenburg, Leiter des Baselbieter Amtes für Umweltschutz und Energie, zählte die Erfolge des Pakets auf - aber auch dessen ehrgeizige Ziele. Der Endenergieverbrauch (ohne Mobilität) im Kanton sei bis zum Jahr 2050 gegenüber 2000 um 40 Prozent zu reduzieren. Dass diese Vorgabe realistisch sei, würden die bisherigen Erfolge des Pakets belegen. So sei der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch zwischen 2010 und 2014 von 11,8 auf 21,6 Prozent gestiegen. Ausserdem habe der Gesamtenergieverbrauch im Basbiet im Jahr 2014 auf dem Niveau von 1990 gelegen - obwohl sich in der Zwischenzeit die Wirtschaftsleistung verdoppelt habe und der Kanton rund 20 Prozent

40

Prozent soll der Anteil erneuerbarer Energien (ohne Mobilität) im Kanton Baselland bis 2030 betragen. Das beschloss das Baselbieter Stimmvolk 2010. 2014 lag der Wert bei 21,6 Prozent.

mehr Einwohner zähle. «Wir sind also», sagte Isenburg, «auf dem vom Stimmvolk vorgegebenen Kurs.»

Die Grundlagen des Energiepakets wurden 2010 an der Urne geschaffen. Damals nahm die Stimmbürgerbevölkerung den Gegenvorschlag zur Initiative «Weg vom Öl - hin zu erneuerbaren Energien» an. Im selben Jahr trat das Programm in Kraft. 50 Millionen Franken wurden zur Verfügung gestellt, das Geld ist wohl bis 2018 aufgebraucht. In die Kritik geriet, dass mit der IWF AG eine Tochterfirma der Wirtschaftskammer Baselland die Fördergesuche abwickelte. Dies, weil sie erheblichen Einfluss auf die Politik im Landkanton ausübt.

Sabine Pegoraro äusserte sich an der Medienkonferenz auch zur Strategie, falls die Energieabgabe Schiffbruch erleidet: «Dann müssten wir andere Quellen suchen. Die Finanzlage des Kantons ist bekanntlich nicht rosig.» Eine Aufstockung über die Staatskasse komme folglich kaum infrage.

Heute Abend kann sich Pegoraro bei ihrer Partei ein erstes Bild über die Stimmungslage zur Abgabe machen: Am Sonderparteitag in Liestal fasst die Baselbieter FDP auch die Parolen für den 27. November.

Nadelöhr wird beseitigt

Augst Der Kanton beantragt einen Planungskredit von 2,5 Millionen für die neue Hauptstrasse

Die Baselbieter Regierung beantragt beim Landrat 2,5 Millionen für eine Planungsstudie und ein Vorprojekt für die Sanierung der Hauptstrasse in Augst. Der Bund und der Aargau sollen wegen der verkehrlichen Verflechtungen von Augst und Kaiseraugst einbezogen werden. Die Hauptstrasse in Augst alias Kantonsstrasse H3 genüge den heutigen Anforderungen an eine Versorgungsrouten nicht mehr, hält die am Mittwoch veröffentlichte Vorlage fest.

Derzeit würden rund 16000 Fahrzeuge pro Tag gezählt - mit zunehmender Tendenz wegen Entwicklungen von Unternehmen in Kaiseraugst im Osten und Pratteln im Westen. Immer wieder kommt es zu Staus. Ein Projekt für eine

Umgestaltung der Ortsdurchfahrt Augst war 2012 sistiert worden. Pendent ist zudem ein 2013 vom Baselbieter Landrat überwiesenes Postulat für eine Umfahrung Augst/Kaiseraugst. Laut der Vorlage ist die Ortsdurchfahrt im Zusammenhang mit der Autobahn A2/A3 und deren langfristigem Ausbau auf acht Spuren zu betrachten.

Richtpläne passen nicht

Derzeit seien die Richtplaneinträge im Basbiet und dem Kanton Aargau nicht aufeinander abgestimmt. Doch die Siedlungsgebiete der beiden Gemeinden an der Ergolzalmündung seien «praktisch zusammengewachsen». Zudem müsse man die in Augst abwei-

gende Frenkendörferstrasse mit einbeziehen, die künftig wohl sehr stark belastet werden wird.

Die Kosten für die Planungsstudie werden auf 500000 Franken veranschlagt; das Vorprojekt soll zwei Millionen kosten. Die insgesamt 2,5 Millionen stehen im Investitionsprogramm, eine erste Tranche von 100000 Franken auch schon im Budget 2016. Der Kanton Aargau soll sich beteiligen; Summen werden aber noch nicht genannt.

Die Planungsstudie soll Anfang 2018 vorliegen, das Vorprojekt im Sinne eines generellen Projekts 2020. So soll der Landrat 2021 über den Baukredit samt Richtplananpassung entscheiden können. (SDA)

Römerstadt Augusta Raurica**Baukredit für Sammlungszentrum**

19,3 Millionen Franken soll die erste Bauetappe des geplanten Sammlungszentrums für die Römerstadt Augusta Raurica bei Augst kosten. Diese Summe entspricht den Ankündigungen. Die Baselbieter Regierung hat gestern die Landratsvorlage publiziert.

Im neuen Sammlungszentrum sollen die Arbeitsplätze mehrerer Bereiche zusammengeführt werden. Derzeit sind rund 60 Mitarbeitende für die Römerstadt tätig. Ihre Arbeitsplätze sind auf acht Gebäude verteilt, teils in Baracken, alten Bauernhöfen und Provisorien, einzelne nicht einmal regendicht.

Das Sammlungszentrum soll nach Plänen des Zürcher Architekturbüros Karamuk Kuo Architekten, die 2014 den Wettbewerb gewonnen hatten, im Gebiet Schwarzacker gebaut werden. Die erste Etappe umfasst die Arbeits-

räume, noch nicht aber Depots und Lagerflächen. Später soll für geschätzte 14 Millionen ein Neubau für Funddepots folgen. Die Regierung nennt Augusta Raurica ein «Kulturdenkmal von nationaler Bedeutung». Nach zahlreichen Notgrabungen wegen Bauprojekten sei dessen Sammlung auf 1,8 Millionen inventarisierte Fundstücke angewachsen. Mit der wissenschaftlichen, kulturellen und touristischen Bedeutung der Römerstadt sei auch der Aufwand gewachsen. Die heutigen verstreuten Räumlichkeiten sind zu klein und genügen den Anforderungen seit Jahren nicht mehr. 2013 hatten die Stimmberechtigten den Projektierungskredit für einen Neubau deutlich gutgeheissen. Das Referendum dagegen eingereicht hatten FDP- und SVP-Kreise mit Kosten- und Verkehrsargumenten. (SDA)